Deßhalb legte er in der Verordnung vom 17. April 1844 mit eindringlichen Worten den Geistlichen an's Herz, die (vielerorts gänzlich vernachlässigte) Spendung der heiligen Sacramente sich recht angelegen sein zu lassen und die Gläubigen zum Empfange derselben zu mahnen; die erzbischöflichen Decane wurden aufgefordert, über das sittliche Verhalten und die Dienstführung der ihnen unterstellten Geistlichen zu wachen und jährlich hierüber an die Kirchenbehörde zu berichten. In den Fastenmandaten 1844 und 1845 mahnte er in seiner warmen, begeisterten Weise zum treuen Festhalten am katholischen Glauben, zu eifrigem Gebete und zum öftern Empfange der heiligen Sacramente. Gegen den von den Anhängern des Rongeanismus (s. d. Art. Deutschkatholiten) verfolgten Glaubensabfall „und deren Verleumdung gegen die Kirche“ erließ er einen Hirtenbrief in der Charwoche 1845, in welchem er „die neue Secte“ als solche kennzeichnet im Hinblick auf ihren Stifter und die „treu- und eidbrüchigen Priester“, welche „Sturm laufen gegen die Kirche, weil diese, als die heilige, an ihnen ein heiliges Strafamt ausgeübt hat“.

Um dem religiösen Indifferentismus entgegenzutreten, sah es Erzbischof v. Vicari als seine erste, wenn auch sehr bittere Pflicht an, den von seinem Vorgänger als undurchführbar aufgegebenen Kampf für die Wiederherstellung der katholischen Lehre und Disciplin bezüglich der gemischten Ehen wieder aufzunehmen. Deßhalb wurde am 3. Januar 1845 den Seelsorgern vorgeschrieben, „die Weisungen des Ordinariates mit Vorlage aller Sachverhältnisse einzuholen, wenn Brautpaare eine gemischte Ehe eingehen wollen“. Die Verordnung vom 9. August 1845 bestimmte, im Gegensatz zu dem bisher beobachteten Gebrauche, „daß die kirchliche Einsegnung nur gegeben werde, wenn die katholische Erziehung aller zu hoffenden Kinder gesichert sei“. Die Verhinderung der Regierung, vom Erzbischof die Rückkehr der frühern Praxis zu erlangen, scheiterten an dessen Festigkeit. Das Ministerium untersagte nun am 21. November 1845 den Geistlichen jeden Versuch, die Art der Erziehung von der confessionellen Kindererziehung abhängig zu machen; im Falle der Beachtung der entgegenstehenden kirchlichen Bestimmung wurde ihnen mit Strafen „bis zur Temporalien Sperre“ gedroht. Schon drei Tage später erklärte der Erzbischof, daß „die Aufforderung an die Geistlichkeit zum kirchlichen Eidesbruch das Princip der Revolution aufstelle, wovon Gott unser Vaterland bewahren wolle“, und wandte sich in einem ausführlichen Berichte über diesen Conflict an den Papst. Dasselbe that zu gleicher Zeit die badiſche Regierung, damit der heilige Stuhl den Erzbischof zur Nachgiebigkeit bestimme. Durch ein Breve Gregors XVI. vom 23. Mai 1846 wurde letzterer in seinem bisherigen Vorgehen völlig gerechtfertigt. — Im J. 1848 betheiligte sich Vicari an der

Würzburger Bischofsversammlung (s. d. Art. II, 874 ff.) und suchte dann, „neu gestärkt durch die Zusammenkunft mit so vielen ausgezeichneten Amtsbrüdern“, die Würzburger Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Seinen Entschluß, die Selbständigkeit der Kirche und ihre freie Lebensentfaltung zu erringen, bekundete er, indem er noch im November 1848 die Würzburger bischöfliche Denkschrift der Staatsregierung mittheilte und dabei beantragte, die freie Ausübung der kirchlichen Weihe- und Jurisdictionsgewalt im Einkommen mit der kirchlichen Auctorität „gesetzlich“ zu regeln. Indes fand diese Vorstellung gleich zwei folgenden vom 7. September 1849 und vom 27. September 1850 keine Berücksichtigung. Ende des Jahres 1848 hatte der Erzbischof Gelegenheit, im Sinne der Würzburger Beschlüsse aufzutreten, als im Großherzogthum Baden die confessionellen Schulen aufgehoben, an ihre Stelle sogen. Communalſchulen gesetzt, katholische und protestantische Schulfonds zusammengeworfen und die Schule von der Kirche getrennt werden sollte. Hiergegen wies der Erzbischof mit Entschiedenheit in einem Hirtenbriefe vom 8. December 1848 auf die Nachteile der gemischten Schule hin und forderte die Katholiken auf, mit allen Mitteln diesem Ansinne entgegenzutreten; eingehend zeigte er, daß „die religiös-sittliche Erziehung durch einen von der übrigen Schulbildung losgerissenen Religionsunterricht nicht erreicht werden könne“, „daß es aber auch ein unerhörter Gewissenszwang wäre, wenn man Eltern nöthigen wollte, ihre Kinder heidnisch gewordenen Schulen anzuvertrauen“. Die bald darauf ausbrechende Revolution ließ dann die Frage der Communalſchulen unentschieden. Während der stürmischen Jahre 1848 und 1849 blieb der Erzbischof unerschrocken in Freiburg. Wie er stets seine kirchliche Pflicht erfüllte, so bewährte er seinem Landesfürsten die Unterthanentreue während des politischen Umsturzes; er mahnte fort und fort, selbst unter persönlichen Gefahren, zur Treue gegen den Fürsten. Ueber die Schäden der Revolution erließ er im Juli 1849 einen herrlichen Hirtenbrief. Nachdem dann durch das preußische Militär der Großherzog wieder in das Land zurückgeführt worden war, ließ man die Kirche in einzelnen Stücken frei gewähren; namentlich durften Volksmissionen abgehalten werden, selbst Jesuiten durften im Lande wirken, um den revolutionären Geist vollends im Volke zu erlösen. Sobald aber die Regierung sich wieder sicher fühlte, kehrte man zum alten Systeme zurück. Seinerseits erachtete jedoch der Erzbischof, der schon 1849 und 1850 durch Domdecan Hirscher (s. d. Art.) in der ersten Kammer bei der Regierung für die Freiheit der Kirche Schritte gethan, nun den Zeitpunkt für gekommen, mit allem Ernste energisch auf Freiheit der Kirche zu dringen. Es erschien deßhalb im März 1851 eine Denkschrift der Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz, worin die Ober-